

# BRANDENBURG

## Zerrissene Stasi-Akten neu im Blick

**Aufarbeitung** Chef des Bundesarchivs kündigt Rekonstruktion und Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern an.

**Frankfurt (Oder).** Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR gibt es noch immer mehr als 15.000 mit Papierschnipseln gefüllte Säcke. Darin befinden sich Akten, die von Stasi-Mitarbeitern zerrissen oder geschreddert wurden, bevor DDR-Bürger den Geheimdienst Anfang 1990 stürmten. Lediglich das Material aus rund 550 Säcken wurde bisher mühsam per Hand wieder zusammengepuzzelt.

Mit dieser Arbeit waren etwa 20 Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde beschäftigt, die in der kommenden Woche komplett von dem in Koblenz (Rheinland-Pfalz) ansässigen Bundesarchiv übernommen wird. „Ich habe die Hoffnung, dass auch die anderen Akten von uns Schritt für Schritt zusammgefügt werden können. Denn wir haben darin aus anderen Archiv-Bereichen viel Erfahrung und vor allem gute Technik.“ Das stellte der Präsident des Bundesarchivs, Professor Michael Hollmann, in dieser Woche bei einem Workshop der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ der Frankfurter Europa-Universität in Aussicht.

### Für viele Jahre zugänglich

Zudem sollen auch alle anderen Akten der Behörde digitalisiert werden, „damit sie in 20, aber auch 100 und sogar 200 Jahren noch zugänglich sind“, kündigte Hollmann an. Der Befürchtung, dass die Akten für die Forschung und Bildungsarbeit künftig weniger als bisher genutzt werden könnten, trat er entschieden entgegen. „Im Gegenteil: Wir haben auch auf diesem Gebiet große Erfahrungen“, so Hollmann. Zudem würden die Strukturen der bisherigen Stasi-Unterlagenbehörde nur allmählich verändert.

### Anträge wie bisher möglich

Auch die einzige Brandenburger Außenstelle in Frankfurt (Oder) bleibt bestehen. Dort können weiter Anträge auf Einsicht in persönliche Akten gestellt werden, da das Gesetz über die Stasi-Unterlagen in Kraft bleibt.

„Wir wollen künftig ähnlich mit dem Bundesarchiv zusammenarbeiten, wie wir das bisher mit der Stasi-Unterlagenbehörde getan haben“, sagte der Leiter der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“, Professor Johannes Weberling. Der scheidende Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, würdigte, dass sich die Frankfurter Arbeitsgruppe erfolgreich dafür eingesetzt hatte, dass Stasi-Akten etwa auch als Beweismittel für Entschädigungsansprüche vor Gerichten genutzt werden können. ds

**Kommentar**

Falls die brandenburgische AfD die Hoffnung hatte, Professor Christian Drosten dafür zum Kronzeugen zu machen, dass in Brandenburg Fehler bei der Bekämpfung des Coronavirus gemacht wurden, so hat sich diese am Freitag im Landtag nicht erfüllt. Der auf Antrag der AfD-Opposition eingesetzte Untersuchungsausschuss hatte den Berliner Virologen für den Freitag als sachverständigen Zeugen geladen.

Der 48-Jährige legte eine regelrechte Engelsgeduld an den Tag und betonte mehrfach, dass er Verständnis für die Fragen angesichts der komplizierten Materie und der vielen im Umlauf befindlichen Spekulationen habe. Zunächst ging es der AfD um die unter Leitung von Drosten entwickelten PCR-Tests, nicht zuletzt um deren Verlässlichkeit.

Der Direktor des Instituts für Virologie der Charité betonte, dass inzwischen hunderte ähnlicher Tests entwickelt wurden. Die Labore, die die Tests in Deutschland verwenden, sind alle zertifiziert und haben langjährige Erfahrungen mit den Tests anderer Viren, betonte er. Nein, betonte Drosten, er verdiene nichts an der Produktion der verwendeten Tests. Sein Institut sei eine akademische Einrichtung, welches die Forschungsergebnisse nicht verkauft, sondern früh veröffentlicht und so Herstellern zur Verfügung gestellt habe. Gefördert von der EU wurden die Erkenntnisse auch an afrikanische Länder weitergereicht.

Die AfD hatte im vergangenen Jahr immer wieder argumentiert, dass die Corona-Beschränkungen ungerechtfertigt seien, weil sie auf hohen Fehlerquoten beruhen könnten. Falsche Testergebnisse kommen vor, räumte Drosten ein. Allerdings handele es sich bei den Tests um mehrstufige Verfahren, um getrennt vorgenommene Überprüfungen einer Probe. Außerdem werde die Plausibilität, beispielsweise in Bezug auf Symptome geprüft und gegebenenfalls noch einmal getestet.

Drosten verwies auf das Beispiel Neuseeland, das über lange Zeit keine Corona-Fälle zu verzeichnen hatte. Auch zu diesem Zeitraum wurde dort getestet, ohne dass es zu falschen Positivtestungen kam.

Der Wissenschaftler setzte sich auch mit der Argumentation auseinander, dass die Tests wenig über die Ansteckungsgefahr aussagen. Drosten betonte, dass es berechtigt ist, wenn auch Patienten mit geringer Viruslast in die Statistik aufgenommen werden, weil diese Personen eventuell früher ansteckend waren oder es später noch werden können.

### Ist die Pandemie eine Pandemie?

Die weitere These der AfD, die sie seit einem Jahr im Landtag immer wieder vertritt, lautet, dass die Tests nichts darüber aussagen, ob jemand wirklich an Corona erkrankt ist und dass man daher auf Einschränkungsmaßnahmen hätte verzichten können. Drosten betonte, dass das Virus in der Regel zu milden Erkrankungsverläufen führt. Aber die Viruslast sei selbst wenn keine

# Professor Drosten erteilt der AfD Nachhilfeunterricht

**Landtag** Die Brandenburger Fraktion hatte den Berliner Virologen in den Untersuchungsausschuss vorgeladen und ihn dort mit ihren Lieblingsthemen zur Pandemie konfrontiert. Er erklärt, wie sein Institut arbeitet und ob er an PCR-Tests verdient. Von Ulrich Thiessen



Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie der Charité Berlin, ist seit Beginn der Corona-Pandemie ein gefragter Gesprächspartner. Jetzt beantwortete er Fragen im Brandenburger Landtag.

Foto: Michael Kappeler/dpa

Wissenschaftler erklärt mit Engelsgeduld und äußert Verständnis für die Fragen.

Symptome vorliegen so hoch, dass die Ansteckungsgefahr groß sei. Außerdem hätten die Gesundheitsbehörden im vergangenen Jahr weniger Informationen gehabt. Man habe deshalb zu Quarantäneregeln greifen müssen.

Der seit Sommer vergangenen Jahres von AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt vertretenen Lieblingsthese, dass es sich bei Covid-19 nicht um eine Pandemie handelt, widersprach Drosten. Wenn es sich nur um milde Krankheitsverläufe gehandelt hätte, hätte man auf die Maßnahmen verzichten können. Aber die Sterberate von rund einem Prozent und eine weit höhere Zahl schwerer Krankheitsverläufe hätten die Maßnahmen gerechtfertigt, schätzte Drosten ein.

Auch den ständig wiederholten Kritikpunkt der AfD, dass nur eine flächendeckende Testung der Bevölkerung eine Grundlage für politische Entscheidung hätte sein können, ließ Drosten nicht gelten. Er verwies darauf, dass es dazu in der ersten Infek-

tionswelle nicht die Kapazitäten gab. Deshalb sei es richtig gewesen, bei Symptomen und regional zu testen. Außerdem seien in Deutschland im Gegensatz zu Großbritannien nicht die statistischen Voruntersuchungen für repräsentative Testungen vorhanden gewesen. Und selbst die Briten waren erst Ende 2020 zu repräsentativen Testungen der Bevölkerung in der Lage.

Eher skurril wurde es dann, als der AfD-Abgeordnete Lars Günther fragte, ob das Institut von Drosten schon mal elektronenmikroskopische Aufnahmen des Covid-19-Virus gemacht hätte. Auch in diesem Fall erklärte der Wissenschaftler seelenruhig die unterschiedlichen Vorgehensweisen zum Nachweis von Viren und warum er auf Elektronenmikroskope verzichtet. Die konkreten Maßnahmen der brandenburgischen Landesregierung zur Pandemiebekämpfung von Anfang 2020 bis September 2020 spielten in der dreistündigen Befragung so gut wie keine Rolle.

## Drei Bewerber für die Laga 2026

**Potsdam.** Die Städte Spremberg (Spree-Neiße) und Wittenberge (Prignitz) sowie der interkommunale Verbund „Märkische Landschaftsgärten“ (Märkisch-Oderland) wollen die nächste Landesgartenschau (Laga) ausrichten. Das teilte das Brandenburger Landwirtschaft- und Umweltministerium am Freitag mit.

Eine vom Ministerium gebildete Arbeitsgruppe habe zusammen mit dem Städte- und Gemeindebund, dem Verein zur Förderung von Landesgartenschauen und der Brandenburgischen Architektenkammer empfohlen, mit allen drei Interessenten in die zweite

**Kommentar**  
Dietrich Schröder  
Zur Zukunft der Stasi-Unterlagen



## Nutzung wird sich wandeln

Drei Jahrzehnte nachdem erstmals in der Weltgeschichte die Akten eines Geheimdienstes all jenen zugänglich gemacht wurden, die unter diesem Geheimdienst gelitten haben, gibt es kommende Woche eine Zäsur. Denn die Stasi-Unterlagenbehörde wird es ab dem 17. Juni als eigenständige Behörde nicht mehr geben. Ihre Akten gehen in die Verantwortung des Bundesarchivs über, bei dem übrigens schon Unterlagen anderer DDR-Behörden und -Organisationen lagern – etwa die der Grenztruppen und der NVA oder auch des FDGB oder der SED.

Die Akten-Nutzung wird sich wandeln. Zum einen bleibt der persönliche Zugang von Stasi-Opfern erhalten, aber nach 30 Jahren ist es auch nicht verwunderlich, dass die meisten Bedürfnisse auf diesem Gebiet bereits gestillt wurden.

Zum anderen wird sich die Möglichkeit ergeben, die DDR als Ganzes und nicht nur auf die Stasi fixiert zu betrachten, zum einen für Wissenschaftler, Journalisten oder Künstler, zum anderen auch für Schulen. Freilich muss man feststellen, dass die DDR in den Lehrplänen der Schulen schon bisher nicht gerade einen großen Raum einnimmt. Ob sich daran etwas ändert, dafür ist der Aufbewahrungsort der Akten letztlich auch nicht entscheidend.

## Gedenken an Noel Martin

**Jahrestag** Aktionswoche startet Sonntag in Blankenfelde-Mahlow.

**Blankenfelde-Mahlow.** Zum 25. Jahrestag des Angriffs auf den Briten Noel Martin wird in Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming) an das Opfer rassistischer Gewalt erinnert. Bei der am Sonntag startenden Aktionswoche gibt es eine Ausstellung und eine per App geführte Suche nach Orten und Gesehmissen, die für eine lokale Auseinandersetzung mit Rassismus und Zivilcourage stehen, teilte das Sozialministerium am Freitag mit.

Der aus Jamaika stammende britische Bauarbeiter war am 16. Juni 1996 von Neonazis so schwer verletzt worden, dass er danach querschnittsgelähmt war und umfassender Pflege bedurfte. Er starb am 14. Juli 2020 kurz vor seinem 61. Geburtstag im britischen Birmingham. Die beiden Täter wurden 1996 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. epd

## Berliner Wasserbetriebschef führt künftig die BER-Aufsicht

**Schönefeld.** Der Chef der Berliner Wasserbetriebe, Jörg Simon, wird Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB). Das Kontrollgremium wählte den Ingenieur am Freitag, wie das Unternehmen mitteilte.

Simon übernimmt den Vorsitz am 1. Juli von Rainer Bretschneider. Der 72-Jährige scheidet nach vier Jahren auf dem Posten auf eigenen Wunsch aus. „Der BER hat

das Potenzial dazu, ein erfolgreicher internationaler Flughafen zu werden und dies auch schon gezeigt“, sagte Simon. Der 59-Jährige leitet seit 1999 die Wasserbetriebe der Hauptstadt.

Der neue Flughafen war nach einem Bauchaos im Herbst mit jahrelanger Verspätung eröffnet worden. Wie andere Flughäfen lei-

det das Unternehmen unter dem Geschäftseinbruch in der Corona-Krise. Zusätzlich belasten den BER die Milliardenkosten des Baus. Eigentümer der Betriebesgesellschaft sind die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund.

Die FBB selbst bekommt eine Chefin. Die bisherige Finanzgeschäftsführerin Aletta von Massenbach wird ab dem 1. Oktober die Gesamtverant-

wortung übernehmen. Die 52-Jährige folgt auf den scheidenden Geschäftsführer, Engelbert Lütke Daldrup, der im September in den Ruhestand gehen will.

Lütke Daldrup rechnet damit, dass sich die Passagierzahlen bis zum Jahr 2025 wieder auf dem Vorkrisenniveau einpendeln werden. Mit den zunehmenden Lockerungen und Reisefreiheiten waren auch am BER zuletzt wieder deutlich mehr Fluggäste gezählt worden, als 2020. dpa

Rainer Bretschneider, noch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft Foto: Sven Braun/dpa



Jörg Simon, Vorstandschef der Berliner Wasserbetriebe Foto: Christoph Söder/dpa

